

Bürgerinitiativen gegen Atomenergie treffen sich in Celle

12.09.2010 • Autor: Peter Fehlhaber



Zur Koordinierung des Protests gegen die Atompolitik der Bundesregierung und insbesondere gegen den im November anstehenden Castor-Transport nach Gorleben trafen sich am Wochenende in Celle Vertreterinnen und Vertreter von Bürgerinitiativen entlang der voraussichtlichen Transportstrecke von Göttingen, über Hannover, Celle, Uelzen bis Lüneburg. Sie wollen gegen den Transport und die Atompolitik mit dezentralen Aktionen entlang der Strecke demonstrieren. Ausgerichtet wurde die Regionalkonferenz vom Celler Forum gegen Atomenergie.

Die von der Bundesregierung angestrebte Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke wird von den Bürgerinitiativen heftig kritisiert. Welche Konsequenzen eine derartige Richtungsentscheidung habe, beschreibt Bernd Ebeling von der BI Uelzen so: „Mit jeder weiteren Betriebsstunde nimmt das Risiko eines atomaren Unfalls zu und mit jeder weiteren Betriebsstunde wächst der Atommüllberg, für den es keine sichere Endlagerung gibt. Eine solche Richtungsentscheidung ist unverantwortlich und nicht hinnehmbar.“ Unausweichlich sei die „Notwendigkeit einer Systementscheidung“, die den schnellstmöglichen Umstieg auf eine ausschließlich auf Erneuerbaren Energien aufbauende Versorgung will. „Aber Merkel und Co. zeigen sich für Stimmen der Vernunft taub, und treffen im Gegenteil skandalöse Vereinbarungen einzig zum Nutzen der Kassen der großen Energiekonzerne,“ so Ebeling weiter.

Den Impuls, der von der am kommenden Samstag in Berlin stattfindenden Großdemonstration ausgehen wird, wollen die Bürgerinitiativen im Vorfeld des anstehenden Castor-Transports nach Gorleben in die Fläche tragen. Denn das ist der nächste Schauplatz der Auseinandersetzung: Im November 2010 wird ein weiterer Castortransport in das niedersächsische Zwischenlager Gorleben erwartet. Elf Behälter mit hochradioaktiven Abfällen sollen aus der Wiederaufarbeitungsanlage im französischen La Hague ins Wendland gebracht werden. Nach Auffassung der Bürgerinitiativen ist die Einlagerung im oberirdischen Zwischenlager Gorleben perspektivlos, da es kein Endlager für hochradioaktiven Müll gibt. Der Salzstock in Gorleben ist ihrer Auffassung nach ungeeignet, den Müll sicher für Tausende Jahre aufzunehmen – und er sei ausschließlich aufgrund politischer Entscheidungen zum Atommüllstandort gemacht worden. Dass dabei die Öffentlichkeit belogen und betrogen würde, mache auch der neueste Skandal um die Menge des in der Asse eingelagerten mittelradioaktiven Materials deutlich.

Deshalb haben die niedersächsischen Bürgerinitiativen sich für die Beteiligung an einem bundesweiten Aktionstag ausgesprochen, der am Samstag, den 23. Oktober, entlang der Transportstrecken stattfinden wird. In dem verabschiedeten Aufruf heißt es: „Wir alle leben in unmittelbarer Nähe zu Bahngleisen, die für diese Transporte genutzt werden. Werden wir aktiv, am Bahnhof, auf der Brücke, an der Straße nebenan, neben den Bahndämmen – setzen wir ein bundesweites Signal, jetzt endlich Schluss zu machen mit der Atomkraft.“ Damit solle

Betroffenheit, Ablehnung und Protest zum Ausdruck gebracht werden.

Die Bürgerinitiativen betrachten diesen Aktionstag gewissermaßen als „Warmlaufen“ für den eigentlichen Transport Anfang November. Auch dafür rufen sie dieses Jahr neben den im Wendland geplanten Protesten zu dezentralen Aktionen auf. Unter dem Motto „Spazierender Sicherheitscheck“ sollen sich überall an der Strecke Atomenergie-Gegnerinnen und Gegner bemerkbar machen. „Uns geht es neben dem politischen Protest auch ganz direkt darum, dass der Castor-Transport nicht wie in der Vergangenheit mit Geschwindigkeiten von über 100 km/h durch Bahnhöfe, Städte und Gemeinden rauscht – und jegliches Gefahrenpotential ignoriert wird,“ so Bernd Ebeling: „Bis Lüneburg werden wir unseren Protest durch die Präsenz direkt an der Strecke zeigen – mit Großpuppen, Plakaten, Transparenten, Atomtonnen, Trompeten, Pilzkörben und was sonst noch den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einfällt.“

Die Delegierten der Bürgerinitiativen gegen Atomenergie waren sich einig: „Atomlobby, Bundesregierung und die sie tragenden Parteien werden sich jetzt einem Druck ausgesetzt sehen, der ihre Entscheidung für Risikoverlängerung und Atommilliarden gesellschaftlich aushebeln und die Atomenergienutzung beenden wird.“ Die Bürgerinitiativen halten an ihrer Forderung zum Sofortausstieg fest.

Das Celler Forum gegen Atomenergie wird in den nächsten Wochen intensiv über die geplanten Aktionen informieren und Diskussionsveranstaltungen zum Thema anbieten.

Beteiligte Bürgerinitiativen: BI Lüchow-Dannenberg, BI Uelzen gegen Atomanlagen, Celler Forum gegen Atomenergie, Atomplenum Hannover, Anti-Atomplenum Göttingen sowie Vertreter aus der Region Salzgitter.

Bildunterschrift: Vertreter der anwesenden Bürgerinitiativen zeigen auf einem Celler Bahnhofsbahnsteig schon mal, worum es geht.